

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann  
MdL zum Wahljahr in  
Bayern: Ein Wandel bahnt  
sich an. Seite 1

Dieter Schinzel MdEP for-  
dert eine EG-Initiative ge-  
genüber den arabischen  
Staaten und der PLO: Ge-  
meinsam den Terror be-  
kämpfen. Seite 3

Heinrich Klein MdB sieht  
die Wende auch auf Brief-  
marken: Ludwig II. wird  
geehrt, Büchner wird ver-  
schwiegen. Seite 4

41. Jahrgang / 3

6. Januar 1986

In Bayern bahnt sich ein Wandel an

Immer mehr Menschen durchschauen die Maschen der CSU

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Spitzenkandidat der bayerischen SPD  
Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen  
Landtag

Das politische Leben in Bayern wird in diesem Jahr durch die Landtagswahl im Oktober und den vorausgehenden Wahlkampf geprägt. Wahlkämpfe mögen manchem überflüssig erscheinen. Dies ist dann richtig, wenn an die Stelle von Argumenten polemische Entgleisungen treten. Wahlkämpfe können und sollen jedoch den Zweck erfüllen, die unterschiedlichen politischen Positionen klar herauszuarbeiten und dem Wähler deutlich zu machen. Für uns Sozialdemokraten besteht im Wahljahr 1986 die Verpflichtung und die Chance, die sozialdemokratischen Alternativen zu einer in einem Vierteljahrhundert Alleinherrschaft ideenlos und stumpf gewordenen CSU-Politik aufzuzeigen. Dieses Wahljahr bedeutet eine Zäsur in der bayerischen Nachkriegsgeschichte. Ich meine: in Bayern bahnt sich ein Wandel an, ein Wandel der politischen Mehrheitsverhältnisse und ein Wandel des politischen Klimas.

Der Wandel kommt, weil ein immer breiter werdendes Bedürfnis danach vorhanden ist. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger lehnen sich auf gegen die Einengung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten durch eine Partei, die den Staat als ihren Besitz betrachtet, die berufliches Fortkommen, vor allem im öffentlichen Dienst, von Parteitueh abhängig macht, die kritische junge Menschen mit Gerichtsverfahren überzieht, die einen Landrat maßregelt, weil er die atomare Wiederaufarbeitungsanlage ablehnt und dies auch deutlich sagt.

Gerade das Beispiel WAA zeigt jedoch, daß die CSU an ihrer Grenze angekommen ist. Die CSU selbst hat jüngst eingeräumt, daß der Widerstand der Oberpfälzer Bevölkerung gegen dieses Risiko-Projekt größer ist als von ihr bislang angenommen und behauptet. Das Thema wird im bevorstehenden Wahlkampf nicht nur wegen seiner sachlichen Bedeutung eine wichtige Rolle spielen, sondern auch, weil an diesem Thema exemplarisch deutlich wird, wie die CSU mit Bürgern und Mandatsträgern, die nicht Ja und Amen sagen, umspringen zu können glaubt.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Bitte drücken Sie  
mit dem Finger  
Rechtschreib-  
Korrekturen



Die bittere Erkenntnis, von der CSU im Stich gelassen, ja verraten zu werden, verbreitet sich in immer mehr Schichten unserer Bevölkerung:

- Tausende von Bauern müssen erleben, daß sie der von der CSU gestellte Agrarminister in den Ruin treibt,
- Tausende von Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, zweifeln an einem Staat, der ihnen trotz florierender Wirtschaft keine Zukunftsperspektive bietet,
- Hunderttausende von Arbeitslosen können nicht verstehen, daß einer der reichsten Staaten der Erde nicht die Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen aufzubringen gewillt ist,
- Millionen von Menschen, insbesondere auch verantwortungsbewußte Christen, verfolgen mit Sorge und Angst die anhaltende atomare Hochrüstung und den schrillen Applaus der CSU für das Wahnsinnsprojekt des Kriegs der Sterne.

Ein Schlüsselwort in der politischen Auseinandersetzung in diesem Jahr muß und wird der Begriff Gerechtigkeit sein. Die Bürger sind zu Einschränkungen und Opfern bereit, wenn sie sehen, daß alle, auch die Mächtigen und Reichen, ihren Solidarbeitrag leisten. Es empört und verletzt die Bürger jedoch, wenn einer großen Mehrheit genommen und einigen wenigen gegeben wird, wenn die Sozialleistungen gekürzt und gleichzeitig Großverdienern steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Wer anhaltend gegen die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verstößt, entsolidarisiert die Gesellschaft, bringt Unfrieden unter die Menschen.

Die CSU versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem sie in München scheinheilig kritisiert, was mit ihren Stimmen in Bonn beschlossen wird. erinnert sei nur an die Frühpensionierung der Bundeswehroffiziere. Dieses doppelstrategische Spiel der CSU wird nicht gutgehen, die Bürger durchschauen immer mehr diese Masche.

Ebenso erkennen wird der Bürger die Verantwortung der CSU für die Probleme in deren ureigenem bayerischen Bereich, insbesondere für die Arbeitslosigkeit in Bayern. Wenn die CSU ständig von einem bundesweiten Nord-Süd-Gefälle in der Arbeitslosenstatistik redet, verschleiern sie die Tatsache, daß es in Bayern ein hausgemachtes Nord-Süd-Gefälle gibt. Weil die CSU über Jahrzehnte strukturpolitisch versagte, haben wir im Norden Bayerns, in den grenznahen und strukturschwachen Regionen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen. Günstigere Zahlen im Süden Bayerns schön die Statistik, sind aber kein Trost für die Arbeitslosen in Hof oder Deggendorf.

Die bayerischen Sozialdemokraten haben in der laufenden Legislaturperiode beträchtliche Erfolge erzielt, insbesondere durch die der CSU abgerungene Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung und einem zum Handeln zwingenden Maßnahmenkatalog. Es war äußerst mühsam und gelang nur durch Androhung eines Volksbegehrens, die CSU kompromißbereit zu machen. Wir Sozialdemokraten haben die Absicht und die Chance, die CSU das Fürchten um ihre Mehrheit und damit mehr Kompromißfähigkeit zu lernen. 1990 sprechen wir uns dann wieder.

(-/6.1.1986/rs/ks)

+ + +

Gemeinsam den Terror bekämpfen

Die EG sollte gegenüber den arabischen Staaten und der PLO die Initiative ergreifen

Von Dieter Schinzel MdEP

Vorsitzender der Euro-Arabischen Parlamentariergruppe des Europäischen Parlaments  
Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft

Internationaler Terrorismus - die entsetzlichen Verbrechen von Rom und Wien, die Entführung der Achille Lauro, die Entführung eines Linienflugzeuges nach Malta, die Ermordung zahlreicher Zivilisten - hat mit dem Kampf einer Befreiungsbewegung nichts zu tun. Dies sind abscheuliche Untaten, für die es keine Rechtfertigung geben kann.

Staatlich organisierte Terroranschläge - sogenannte Vergeltungsmaßnahmen wie die Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis und die israelische Invasion des Libanon -, die ebenfalls bewußt den Tod unzähliger unbeteiligter Zivilisten in Kauf nehmen, sind kein Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, sondern allenfalls weitere Eskalationsstufen.

Die Anwendung von Terror wird moralisch nicht dadurch gerechtfertigt, daß sie von Regierungen demokratischer Staaten veranlaßt und als Vergeltungsschlag deklariert wird. Vergeltung folgt Vergeltung - eine Mordkette ohne Ende. Internationaler Terrorismus darf für niemanden ein zulässiges Mittel der Politik sein.

Eine Wurzel liegt sicherlich darin, daß das palästinensische Volk seit Jahrzehnten gedemütigt und gepeinigt wird, daß Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten unterdrückt und ihnen in der eigenen Heimat die Menschenrechte vorenthalten werden. Die offizielle israelische Politik beraubt die Palästinenser ihrer Heimat und enteignet sie, anstatt eine friedliche Lösung anzustreben, die das Existenzrecht Israels garantiert und den Palästinensern Heimat und Selbstbestimmung sichert.

Wer ein ganzes Volk trotz dessen Anstrengungen und seiner Bereitschaft zu friedlichen Lösungen bewußt immer wieder in Hoffnungslosigkeit stürzt, schafft den Boden, auf dem Irregeleitete in die Sackgasse des internationalen Terrorismus geraten.

Diesen Terrorismus bekämpfen heißt deswegen einerseits seine politischen Ursachen im Nahen Osten durch eine dauerhafte politische Lösung zu beseitigen, die die Entwürdigung und Entrechtung der Palästinenser beendet. Den Menschen dieser Region müssen endlich Zukunftsperspektiven vermittelt werden durch einen internationalen Entwicklungsplan für die vom Nahostkonflikt besonders betroffenen Gebiete.

Europäische und arabische Staaten sind Nachbarn mit gleichartigen Sicherheitsinteressen. Deshalb ist andererseits nur eine enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus erfolgversprechend. Die EG-Staaten sollten jetzt die Initiative ergreifen und den arabischen Staaten einschließlich der PLO ein Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus anbieten, in dem auch eine enge Zusammenarbeit zu der dafür zuständigen Geheimdienste zu vereinbaren ist. Neben regelmäßigen Konsultationen und kurzfristigem Informationsaustausch ist darin eine unbürokratische Kooperation bei akuten Antiterrormaßnahmen vorzusehen.

(-/6.1.1986/rs/ks)

+ + +

Die Wende - auch auf Briefmarken?

Ludwig II. wird geehrt, Büchner wird verschwiegen

Von Heinrich Klein MdB

Diese Regierung bleibt sich treu. Auch bei scheinbar belanglosen Anlässen. Bei Briefmarken zum Beispiel.

Im Sonderbriefmarkenprogramm der Bundespost für 1986 soll am 5. Mai an den einhundertsten Todestag von Ludwig II., König der Bayern, besser bekannt als Märchenkönig, erinnert werden. Die Bayerische Staatsregierung, der König-Ludwig-Club und andere hatten sich für diese Sondermarke stark gemacht.

Heute grantelt der König-Ludwig-Club, weil die Sondermarke mit Schloß Neuschwanstein als Motiv „nicht gerade schön“ geraten sei. Auch der Ersttagsstempel, der am 6. Mai in Bonn mit dem Schloß Linderhof benutzt werden soll, ist nach Auffassung der Königstreuen „eine peinliche Panne“. Sorgen hat er schon, der König-Ludwig-Club.

Derselbe Programmbeirat beim Postministerium, der 1986 dem Märchenkönig eine Gedenkmarke widmet, lehnte es dieser Tage ab, 1987 zum einhundertfünfzigsten Todestag Georg Büchners den Dichter in ähnlicher Form zu ehren. Büchners literarische Qualitäten seien zwar unumstritten, aber da fehle doch der gesamtdeutsche Aspekt und schließlich sei Büchner ja nicht nur Dichter, sondern auch Sozialrevolutionär gewesen, war aus dem erlauchten Gremium zu hören.

Da haben wir's: den Verschwender will die Post ehrend würdigen. Dem Kritiker der Verschwendung wird die Ehrung versagt.

Im „Hessischen Landboten“ prangerte Georg Büchner 1834 die Ausgabenwirtschaft des damaligen hessischen Großherzogs und seiner Verwaltung an: „Geht einmal nach Darmstadt und seht, daß euer Brot an fremden Bäuchen herrlich angeschlagen sei. Und erzählt dann euren hungernden Weibern und Kindern von den stattlichen Häusern, die aus den Knochen des Volkes gebaut sind.“

Hätte Büchner 50 Jahre später und in Bayern gelebt, so hätte er an die Stelle von Darmstadt erst recht die Namen Neuschwanstein oder Linderhof setzen müssen. Gemessen an der Hofhaltung hessischer Großherzöge war die Prunksucht des Bayernkönigs um ein Vielfaches größer - die Armut der kleinen Leute freilich auch.

In einer Zeit der Umverteilung von unten nach oben ist es nur folgerichtig, jenen zu würdigen, der sich auf Kosten des Volkes bereicherte - und jenen zu übersehen, der soziale Mißstände anprangerte. Der Ausbeuter wird gefeiert. Der Kritiker der Ausbeutung vergessen gemacht.

„Frieden den Hütten. Krieg den Palästen“. Nein, dieses Büchner-Wort und die Gedanken, die dahinter stehen, passen dieser Bundesregierung nicht. Zwar sagt sie den Hütten keinen Krieg an, aber sie tut alles, um den Reichtum der Palastbesitzer zu mehren.

(-/6.1.1986/rs/ks)

+ + +